

Endlich mehr Transparenz in der Politikfinanzierung

EIN SELTENER ERFOLG FÜR DIE SP: Im Sommer hat das Parlament endlich die Offenlegung von Partei- und Kampagnenbudgets beschlossen. Es ist geradezu ein Meilenstein für unser Land: Jahrzehnte nach unserem ersten Vorstoss für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung führt die Schweiz damit als letztes Land Europas endlich Transparenzregeln ein.



Nadine Masshardt,
Nationalrätin BE,
Co-Präsidentin des
Trägervereins für die
Transparenz-Initiative

Der Weg zu mehr Transparenz war lang, und der Kampf um einen griffigen Gegenvorschlag zu unserer Transparenz-Initiative zäh. Schliesslich konnten sich National- und Ständerat dem steigenden Druck aus der Bevölkerung jedoch nicht mehr widersetzen. Die Annahme des indirekten Gegen-

vorschlags in der Sommersession ist denn auch in erster Linie ein grosser Gewinn für unsere Demokratie. Die Transparenz stärkt die Meinungsbildung der Bürger:innen, werden wir doch künftig wissen, woher Grossspenden an Parteien und Kampagnen stammen.

Die JUSO ebnete den Weg

Ein Schlüsselereignis für den Meinungsumschwung unter der Bundeshauskuppel bildete 2017 die Einreichung unserer eidgenössischen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung». Für Druck sorgten auch die an der Urne angenommenen Transparenz-Initiativen der JUSO in den Kantonen Schwyz, Freiburg und Schaffhausen. Diese Erfolge in ländlichen Kantonen zeigten den Bürgerlichen unmissverständlich auf, dass unser Anliegen mehrheitsfähig ist.

Und nun hat sich in dieser Frage endlich auch das nationale Parlament bewegt. Mit dem

indirekten Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative wird bald auch die Schweiz als letztes Land Europas über eine Transparenzregelung verfügen. Zuletzt wurde sie von der Anti-Korruptionsbehörde des Europarats (Greco) für das Fehlen entsprechender Regelungen mehrfach kritisiert.

Fast alle Ziele erreicht

Fürs Erste fand der jahrzehntelange Kampf für ein Minimum an Transparenz in der Politikfinanzierung mit der Schlussabstimmung vom 18. Juni ein Ende. Einzelspenden an Parteien und Komitees ab 15 000 Franken müssen künftig offengelegt werden. Das gilt auch für Kampagnengelder, sofern das Budget der Abstimmungs- oder Wahlkampagne mehr als 50 000 Franken beträgt. Zudem werden Geldspenden aus dem Ausland sowie anonyme Spenden verboten. Kontrollen werden mittels Stichproben durchgeführt.

Als Co-Präsidentin des Trägervereins und Mitglied des Initiativkomitees ist es mir ein grosses Anliegen, allen herzlich zu danken, die vor und hinter den Kulissen an diesem Meilenstein mitgewirkt haben. Dazu gehören alle, die Unterschriften gesammelt, gespendet sowie politisch und strategisch mitgeholfen haben, dass diese erste nationale Transparenzregelung Wirklichkeit wird. Ich freue mich sehr, dass wir dank dem Druck unserer Volksinitiative und der grossen Ausdauer nun bald über ein Minimum an Transparenz verfügen.

Von Lobbyistinnen und Parlamentariern

Machen wir uns allerdings nichts vor: Alle dunklen Flecken der Politikfinanzierung sind damit noch nicht ausgeleuchtet. Darum forderte unsere Fraktion in der Sommersession in einem Vorstoss, dass Parlamentsmitglieder die Summen offenlegen müssen, die sie aus Mandaten erhalten. Denn die Bevölkerung hat auch hier das Recht zu wissen, ob – und vor allem wie viel – Geld aus welchen Quellen fliesst.